

) TOP Hybridsitzung

Oberbürgermeister Pauly eröffnet die Sitzung. Aufgrund der anhaltend hohen Infektionszahlen im Rahmen der Corona-Pandemie findet die Sitzung in hybrider Form statt. Acht Mitglieder des Gemeinderates nehmen per Webex an der Sitzung teil. Die übrigen Mitglieder befinden sich im Sitzungssaal.

1) TOP Einwohnerfragen

Marianne Markwardt, Mitglied der Elterninitiative zur Forderung von Lolli-Tests und Heimtestungen, meldet sich zu Wort.

Sie bekundet ihre Freude über die Anträge der Fraktionen zur Unterstützung der Ziele der Elterninitiative. Weiter ergänzt sie, dass das Thema trotz der kürzlich eingerichteten DRK-Testangebote in der Nähe der Kindertageseinrichtungen für sie eine hohe Brisanz hat. Frau Markwardt wiederholt die Forderungen der Elterninitiative an die Gemeinde, die Heimtestungen zuzulassen und für die Testung auch Lolli-Tests anzubieten.

Oberbürgermeister Pauly bedankt sich für die Stellungnahme und verweist für die weitere Diskussion auf Tagesordnungspunkt 2 der Sitzung.

2) TOP 6-001/22 Corona: Teststrategie Kindergärten - Antrag SPD

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nummer 6-001/22/1.

2.1) TOP 6-001/22/1 Corona: Teststrategie Kindergärten - Antrag SPD

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Darstellungen in der Sitzungsvorlage sowie der Tischvorlage. Entsprechend der Erläuterungen in dem Vermerk, der der Tischvorlage beigelegt war, ist der Oberbürgermeister zuständig für diese Entscheidung. Er bittet den Gemeinderat jedoch um eine Stellungnahme zu der Frage, ob die Heimtestung zugelassen werden soll und ob den Eltern Lolli-Tests angeboten werden sollen.

Fraktionssprecher Reinbolz nimmt Stellung zum Antrag der SPD-Fraktion und stimmt den Erfahrungsberichten über die schwierige Durchführbarkeit von Nasen-Tests gerade bei Kindern unter drei Jahren zu und fordert daher, dass trotz der geringeren Zuverlässigkeit Speicheltests angeschafft werden. Allerdings sollen diese Tests nur denjenigen Kindern unter drei Jahren angeboten werden, die die Testung mit einem Nasen-Test ablehnen. Aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit mit unzuverlässiger Einhaltung der Testpflicht soll die Testung auch weiterhin in den Einrichtungen stattfinden.

Herr Reinholz verweist auf die geringe Anzahl von Schließungen einzelner Gruppen oder gesamter Einrichtungen bei den städtischen Kindertageseinrichtungen, was für die Teststrategie der Verwaltung spricht. Außerdem dankt er dem Personal in den Kindertageseinrichtungen für ihr Engagement sowie dem DRK für den Aufbau von Testangeboten in unmittelbarer Nähe der Kindertageseinrichtungen.

Oberbürgermeister Pauly erläutert dem Gemeinderat: Das DRK hat in fußläufiger Entfernung der Kindertagesstätten Wunderfitz und Am Buchberg eine Teststation eingerichtet. Da in der ersten Woche lediglich 13 Tests in dieser Teststelle in Anspruch genommen wurden, wird diese jedoch möglicherweise wieder geschlossen.

Stadtrat Prof. Dr. Walter weist auf die Vorbereitung und gründlichen Überlegungen des Oberbürgermeisters und der Verwaltung sowie die Absprachen mit dem Gesundheitsamt hin. Er berichtet aus einem persönlichen Gespräch mit dem Leiter des Gesundheitsamtes, wonach sich die Einschätzung des Gesundheitsamtes über die geringere Zuverlässigkeit von Lolli-Tests nicht geändert hat. Er unterstreicht das Ziel der Teststrategie, eine möglichst hohe Sicherheit für Kinder, Familien und Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten und spricht sich daher für die Beibehaltung der bisherigen Teststrategie aus.

Fraktionssprecher Rainer Hall stellt fest, dass es bei der Frage der besten Variante zur Umsetzung der Teststrategie ein sehr breites Meinungsfeld gibt. Er bittet die Verwaltung, sich bei der Umsetzung der Corona-Vorschriften nicht an den Maximal- sondern an den Minimalforderungen zu orientieren. Der Großteil der Mitglieder der FDP/FW-Fraktion wäre mit der Zulassung der Heimtestung einverstanden.

Oberbürgermeister Pauly weist auf Rückfrage von Fraktionssprecher Reiner Hall auf bereits geführte Gespräche mit den Leitungen der kirchlichen Einrichtungen hin. Leider war es hierbei nicht möglich, eine einheitliche Handhabung in allen Einrichtungen in Donaueschingen zu vereinbaren, da sich die kirchlichen Einrichtungen aufgrund des bedeutsamen Mehraufwandes bei der Testung vor Ort für die Heimtestung entscheiden haben. Die Einrichtungsleitungen der städtischen Kindertageseinrichtungen haben sich hingegen mehrheitlich für die Testung vor Ort in der Einrichtung ausgesprochen.

Fraktionssprecher Blaurock erinnert an seine Stellungnahme vom 11. Januar 2022 und unterstreicht, bei der Rückmeldung des Gesundheitsamtes handle es sich lediglich um einen Hinweis und nicht um eine eindeutige Stellungnahme. Es ist erforderlich, die Sicherheit der Teststrategie sowie die Tolerierbarkeit der Testdurchführung abzuwägen. Er gibt zu bedenken, dass Nasen-Tests in der Durchführung teils sehr unangenehm sind und die Teststrategie voraussichtlich noch einige Wochen andauern wird. Lolli-Tests sind vergleichsweise einfacher durchzuführen, insbesondere für Kinder. Herr Blaurock beantragt daher, den Eltern die Wahl zu lassen, wo und mit welcher Art der Tests ihre Kinder getestet werden sollen und schließt sich dem Dank an das DRK für die geleistete Arbeit an.

Stadträtin Riedmaier pflichtet den Argumenten von Herrn Blaurock bei und appelliert daran, die Belastungen für die Familien so gering als möglich zu halten sowie Vertrauen in die Gesellschaft und insbesondere die Eltern zu haben. Sie plädiert für die Zulassung der Heimtestung

und die Beschaffung von Lolli-Tests. Besonders in den Ortsteilen ist es aufgrund der erforderlichen Fahrtwege nicht praktikabel, die regelmäßige Testung in einer offiziellen Teststelle zu erfüllen. Außerdem weist sie auf den Beschluss der Einrichtungsleitungen zur Testung vor Ort hin, der zwar mehrheitlich, aber nicht einstimmig getroffen wurde. Frau Riedmaier bittet mit Blick auf voraussichtlich auch im nächsten Winter erforderliche Testungen darum, diese Frage jetzt abschließend zu klären, sodass Ende des Jahres keine erneuten Diskussionen erforderlich sein werden.

Frau Zerbe, Leiterin der Kindertagesstätte Am Buchberg, berichtet von Gesprächen mit Eltern und Kindern in Zeiten der Heimtestung, aus denen deutlich wurde, dass die Testpflicht nicht oder nicht im gewünschten Umfang umgesetzt wurde. Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen, dass die Donaueschinger Teststrategie auf eine große Zustimmung bei den Eltern stößt und nur vereinzelte Familien die Testung mit Lolli-Tests in anerkannten Teststellen nutzen.

Oberbürgermeister Pauly dankt den Einrichtungsleitungen sowie dem Personal in den Kindertageseinrichtungen für die geleistete Arbeit und schlägt vor, über die Zulassung der Heimtestung sowie die Beschaffung von Lolli-Tests getrennt abzustimmen.

Stadtrat Horst Hall dankt der Verwaltung und insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Amt 6 – Bildung und Soziales für die wertvolle Arbeit insbesondere bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Aus seiner Sicht ist die Verwaltung zuständig und der Gemeinderat habe in dieser Sache nichts zu entscheiden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat empfiehlt der Verwaltung die Zulassung der Heimtestung.

(14 Ja, 15 Nein, 5 Enthaltungen)

2. Der Gemeinderat empfiehlt der Verwaltung die Beschaffung von Lolli-Tests.

(16 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen)

3) TOP 1-006/22 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung vom 25.01.2022

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt die Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25. Januar 2022 bekannt.

Beschluss:

Die Bekanntgabe wird zur Kenntnis genommen.

4) TOP 2-004/22 Donauersprung - Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Herrn Christian Seng, Büro 365° freiraum + umwelt, und Frau Marlene Reichegger, Regierungspräsidium Freiburg. Er dankt dem Land Baden-Württemberg für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme „Neugestaltung Donauzusammenfluss“. Er schließt den Schwarzwald-Baar-Kreis sowie den Verein der Hundefreunde in seinen Dank ein, die es durch ihr Einverständnis ermöglichten, das Kreistierheim sowie das Vereinsgebäude an einem neuen Ort aufzubauen. Herr Pauly sieht neben dem gewährleisteten Naturschutz auch einen großen touristischen Mehrwert für die Stadt Donaueschingen.

Herr Seng stellt dem Gemeinderat die Präsentation vor, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt ist.

Oberbürgermeister Pauly erklärt, dass nur beim Standort für das Denkmal Mutter Baar in der heutigen Sitzung eine Entscheidung zu treffen ist. Bei den anderen Punkten wird die weitere Planung am Stimmungsbild im Gemeinderat orientiert werden.

Frau Reichegger weist auf den 29.06., den internationalen Donautag, hin. Es ist geplant, an diesem Tag das Gesamtprojekt „Neugestaltung Donauzusammenfluss“ einzuweihen, weshalb sie den Gemeinderat um zeitnahe Entscheidungen bittet.

Die Mitglieder des Gemeinderates nehmen zu den einzelnen Bereichen der Planung wie folgt Stellung:

Gesamtkonzept

Fraktionssprecher Greiner, Fraktionssprecher Blaurock, Fraktionssprecher Milbradt und Stadträtin Wiemer loben das Projekt sowie seine Umsetzung und danken allen Beteiligten für die bisher geleistete Arbeit.

Stadtrat Kuttruff schließt sich dem Dank und der Anerkennung an. Er erinnert jedoch an viele wegweisende Beschlüsse in den vergangenen zehn Jahren – insbesondere im Rahmen des Landschaftsparks Junge Donau. Dort wurde die Neugestaltung des Donauzusammenflusses als „Leuchtturmprojekt“ bezeichnet und auch im Tourismuskonzept der Stadt Donaueschingen wurde diese Maßnahme als Schlüsselprojekt definiert. Er findet die damaligen Beschlüsse in der jetzt vorgestellten Planung nicht im gewünschten Umfang wieder und bittet daher um eine Erklärung, in welcher Form der Rahmenplan des Landschaftsparks Junge Donau bei den Überlegungen berücksichtigt wurde.

Stadträtin Riedmaier regt an, insbesondere mit Blick auf ältere Personen in diesem Bereich noch mehr Verweilbänke vorzusehen.

Denkmal Mutter Baar

Fraktionssprecher Blaurock und Fraktionssprecher Greiner verweisen auf ein sehr gemischtes Meinungsbild bezüglich des geplanten Standortes für das Denkmal Mutter Baar. Einerseits wünschen sich viele die Beibehaltung des bisherigen Standortes direkt beim Zusammenfluss von Brigach und Breg. Es gibt eine große Bindung von Donaueschingen zur Mutter Baar und

dem bisherigen Standort. Am vorgeschlagenen Standort hingegen wäre das Denkmal für Besucherinnen und Besucher deutlich besser sichtbar und könnte so angemessen gewürdigt werden.

Stadtrat Kuttruff besinnt sich auf den Landschaftspark Junge Donau, bei dem die Kunst am Fluss eines der maßgeblichen Leitbilder war, wozu auch die Einbindung des Denkmals zählt. Er wünscht sich wie 2014 vorgesehen eine zentrale Aufstellung des Denkmals.

Fraktionssprecher Milbradt bekräftigt den Wunsch zur Platzierung der Mutter Baar auf der Landzunge zwischen Brigach und Breg.

Fraktionssprecher Blaurock schlägt vor, das Denkmal am bisherigen Standort niveaugleich mit der geplanten Plattform aufzustellen und die Sichtbarkeit langfristig sicherzustellen.

Stadträtin Wiemer bringt die Überlegung ein, die Mutter Baar im Bereich des geplanten Gebäudes aufzustellen. Auch sie fordert den Schutz vor Bewuchs, sodass die Sicht auf das Denkmal auch künftig uneingeschränkt möglich ist

Herr Seng weist darauf hin, dass der Sukzessionswald eine Auflage bei der Genehmigung des Projektes war. Eine Platzierung der Mutter Baar in diesem Bereich wäre zwar möglich, würde jedoch umfänglichere Planungen erfordern.

Frau Reichegger und Amtsleiter Haller erklären auf Nachfrage aus dem Gremium, der vorgeschlagene Standort befinde sich nicht wie befürchtet an der Breg, sondern entsprechend der Historie des Denkmals an der jungen Donau.

Stadtrat Vetter befürwortet mit Blick auf das Gesamtgelände die Aufstellung des Denkmals am vorgeschlagenen Standort.

Mokichi Saito Weg, Pflanzung einer europäischen Eibe

Fraktionssprecher Milbradt, Fraktionssprecher Greiner und Fraktionssprecher Blaurock stimmen dem Vorschlag der Verwaltung zu, am Ende des Mokichi-Saito-Wegs eine Europäische Eibe zu pflanzen.

Ankunftsplatz für Radfahrer

Fraktionssprecher Blaurock und Stadträtin Wiemer sehen die Fahrrad-Reparaturstation eher in der Stadt gemeinsam mit dem Startpunkt für den Donauradweg. Nur so könnten Touristen zielgerichtet in die Innenstadt geführt werden.

App-geführter Erlebnispfad

Fraktionssprecher Greiner lobt den Vorschlag für einen App-geführten Erlebnispfad und begrüßt ausdrücklich die Ausweitung auf städtische Sehenswürdigkeiten.

Fraktionssprecher Milbradt befürwortet grundsätzlich die Überlegungen zur App und der Digitalisierung im Allgemeinen, erinnert aber an den Monitor an der Donauquelle, der aus technischen Gründen mehrere Monate außer Betrieb war. Er regt an, zumindest einzelne kleine Tafeln mit den wichtigsten Informationen aufzustellen.

Info Point / Besucherzentrum

Fraktionssprecher Greiner äußert Bedenken, ob ohne Gastronomie und Toilettenanlagen ausreichend Veranstaltungen im vorgeschlagenen Besucherzentrum durchgeführt werden, zur Rechtfertigung dieser Investition. Er bittet um Klärung der Nutzungsmöglichkeiten des Gebäudes, um die mögliche Auslastung besser beurteilen zu können.

Stadtrat Kuttruff verweist auf die damaligen Planungen, in denen kein Gebäude vorgesehen war. Die FDP/FW-Fraktion spricht sich gegen diesen Bau aus.

Fraktionssprecher Blaurock äußert Bedenken bezüglich der Anfälligkeit für Vandalismus durch den abgeschiedenen Standort des Besucherzentrums sowie der noch nicht geklärten Zuständigkeit für den allgemeinen Gebäudeunterhalt. Sofern ein Gebäude gebaut wird, sollte hierbei unbedingt auch eine Toilette vorgesehen werden. Außerdem schlägt er vor, eine kleine Gastronomie beispielsweise in Form eines Kiosks zu ermöglichen.

Fraktionssprecher Milbradt findet, dieses große Gebäude füge sich nicht in die Gesamtplanung des Projekts mit ihrem Schwerpunkt auf Ökologie und Renaturierung ein. Die GUB-Fraktion könnte sich ebenfalls ein Kiosk in diesem Bereich vorstellen und unterstützt die Forderung zur Einplanung einer WC-Anlage.

Stadträtin Wiemer und Stadtrat Vetter stimmen dem zu.

Fraktionssprecher Greiner regt an, bei den Überlegungen zum Bau eines Kiosks auch die Frage eines möglichen Betreibers zu berücksichtigen.

Stadtrat Wagner bittet darum, die Planung für touristische Spitzentage im Sommer nochmals zu überdenken. Wenn im Sommer vier oder fünf Busse in die Stadt kommen und auch den Donauursprung besichtigen möchten, gäbe es bei der aktuellen Konzeption sowohl ein Parkplatz- als auch ein Toilettenproblem.

Frau Reichegger erläutert die Rahmenbedingungen des Landes: Aus dem Gesamtinvestitionsvolumen dürfen maximal 10% der Mittel für Umweltbildungsmaßnahmen eingesetzt werden. Bei Gesprächen zur möglichen Darstellung der Informationen über Gewässerökologie für die Besucherinnen und Besucher kam mehrfach der Einwand, dass der Donauursprung ein höheres Potential bietet. Da die zur Verfügung stehenden Mittel des Landes wie dargestellt beschränkt sind, wurde der Stadt Donaueschingen der Vorschlag unterbreitet, sich an einem möglichen Besucherzentrum finanziell zu beteiligen.

Sie begründet gemeinsam mit Oberbürgermeister Pauly die Ablehnung einer Toilettenanlage in diesem Bereich mit einem damaligen Grundsatzbeschluss der Stadt Donaueschingen, sich insbesondere aufgrund der Unterhaltskosten von WC-Anlagen auf die Alternative der Netten Toilette festzulegen. Allerdings wurden bei der Erschließung die Wasser- und Abwasseranschlüsse so verlegt, dass der Bau einer Toilettenanlage noch möglich wäre.

Frau Reichegger erläutert auf Nachfrage von Amtsleiter Unkel, ein Kiosk wäre auf den Grundstücken der Stadt grundsätzlich möglich.

Zugang zum Wasser und Aufenthaltsmöglichkeit

Fraktionssprecher Milbradt sieht in der vorgestellten Planung sehr viel Platz für die Natur. Ihm fehlt jedoch eine Stelle, die für den Aufenthalt der Gäste angelegt ist.

Fraktionssprecher Blaurock unterstützt den Wunsch nach einem Aufenthaltsbereich – insbesondere auch für Kinder und Jugendliche.

Stadträtin Wiemer bittet darum, dass das Wasser am Donauzusammenfluss erlebbar ist und Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit haben, ins Wasser zu gehen. Außerdem wünscht sie sich eine bürgernahe Gestaltung des Auenwäldchens.

Herr Seng weist auch an dieser Stelle auf Auflagen bei der Projektgenehmigung hin, die eine Besucherlenkung fordern. Daher rührt die Idee, die Besucher auf den geplanten Stegen zu kanalisieren. Da es sich beim Donauursprung jedoch nicht um ein Naturschutzgebiet handelt, besteht kein Betretungsverbot für die Bereiche außerhalb der Stege, sodass das Wasser betreten werden kann. Um das Gebiet besser zu schützen, sollen die Besucher jedoch nicht gezielt in diese Flächen geleitet werden.

Oberbürgermeister Pauly erklärt abschließend seine Anerkennung für die geleistete Arbeit und die tolle Umsetzung des Projekts Neugestaltung Donauzusammenfluss.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, sich dafür einzusetzen, dass das Denkmal Mutter Baar künftig am Standort zentral zwischen Brigach und Breg platziert wird.

(16 Ja, 14 Nein, 4 Enthaltungen)

5) TOP 1-001/22 Verpflichtung Oberbürgermeister - Regularien

Oberbürgermeister Pauly erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befähigt. Er verlässt den Sitzungstisch und übergibt die Verhandlungsleitung an Bürgermeister Graf.

Bürgermeister Graf führt in die Sitzungsvorlage ein. Er informiert den Gemeinderat, dass der Verwaltung zwischenzeitlich der Wahlprüfungsbescheid des Regierungspräsidiums Freiburg vorliegt, welcher die Oberbürgermeisterwahl für gültig erklärt. Die Verwaltung schlägt für die Verpflichtung des Oberbürgermeisters das an Lebensjahren älteste Mitglied, Herrn Stadtrat Franz Wild, vor.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Graf erklären die Mitglieder des Gemeinderates ihr Einverständnis, die Wahl offen per Handzeichen durchzuführen.

Stadtrat Wild erklärt im Nachgang zur Wahl, dass er diese annimmt.

Beschluss: Für die Verpflichtung von Herrn Oberbürgermeister Erik Pauly wird Franz Wild gewählt.

(32 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung, 1 Befangenheit)

6) TOP 3-001/22 Vergabe Feuerwehrfahrzeug: HLF 10 – Abteilung Wolterdingen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Fraktionssprecher Reinbolz erklärt seine Zustimmung zu allen Punkten.

Fraktionssprecher Blaurock bemängelt die Nachvollziehbarkeit des Finanzierungsvorschlages und bittet um Klärung im Rahmen der Beratungen zu Tagesordnungspunkt 11, Finanzhaushalt – Übertragung von Haushaltsmitteln in das Jahr 2022.

Beschluss:

1. Die Vergabe von Los 1 erfolgt an die Firma WISS GmbH & Co.KG.
2. Die Vergabe von Los 2 erfolgt an die Firma WISS GmbH & Co.KG.
3. Die Vergabe von Los 3 erfolgt an die Firma Albert Ziegler GmbH.
4. Die Vergabe von Los 4 erfolgt an die Firma Albert Ziegler GmbH.
5. Die Vergabe von Los 5 erfolgt an die Firma Albert Ziegler GmbH.
6. Die Vergabe von Los 6 erfolgt an die Firma Albert Ziegler GmbH.
7. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird zugestimmt.

(31 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen)

7) TOP 9-001/22 Eigenbetrieb Wasserwerk / Erweiterung Wassergewinnung, 2. BA - Vergabe Förderleitung Gutterquelle

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Beschluss: Die Firma Max Wild GmbH, Berkheim-Illerbachen, wird mit den Tiefbauarbeiten zum Angebotspreis von 340.704,44 € (brutto) beauftragt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

8) TOP 4-010/22 Kindertagesstätte Wunderfitz / Unterhalts- und Grundreinigung - Vergabe

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage und verweist auf die Darstellung von Amt 4 – Hochbau bezüglich der bisherigen Kosten, die vor der Sitzung per E-Mail an die Fraktionssprecher versandt wurde.

Fraktionssprecher Blaurock bedankt sich für den Vergleich der bisherigen und künftigen Kosten, die eine Bewertung der eingegangenen Angebote erleichtern.

Beschluss:

Bieter 1 / Firma Stern Service GmbH, Bad Dürkheim, wird mit den regelmäßigen Unterhalts- und Grundreinigungsarbeiten zum Angebotspreis (für die Dauer von vier Jahren = Vergabesumme 117.567,32 €) ab dem 1. März 2022 beauftragt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 7-002/22 Information Doppelhaushalt

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Zoller führt in die Sitzungsvorlage ein. Er sieht durch die Umstellung auf Doppelhaushalte für die Stadt Donaueschingen keine tatsächlichen Effizienzgewinne, da mit hoher Wahrscheinlichkeit im zweiten Haushaltsjahr eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen werden müsste.

Fraktionssprecher Greiner verweist auf den gemeinsamen Antrag der CDU und der FDP/FW-Fraktion zur Erstellung eines Doppelhaushaltes vom 05. November 2022. Da ein Doppelhaushalt nicht die gewünschten Mehrwerte bringen würde und diese Umstellung von der Verwaltung nicht befürwortet wird, zeigt er sich mit dem Erlass von jährlichen Haushaltssatzungen einverstanden.

Fraktionssprecher Rainer Hall weist ebenfalls auf den gemeinsamen Antrag der CDU und der FDP/FW-Fraktion hin. Er dankt der Verwaltung für das Entgegenkommen, diesen Tagesordnungspunkt schon frühzeitig auf die Tagesordnung zu setzen und so eine eventuelle Umstellung auf einen Doppelhaushalt ab dem kommenden Haushaltsjahr zu ermöglichen.

Herr Hall ergänzt die Darstellung der Vorteile eines Doppelhaushaltes mit weiteren Argumenten. Dazu zählen insbesondere das Wegfallen der vorläufigen Haushaltsplanung für das zweite Haushaltsjahr des Doppelhaushaltes, die Möglichkeit zur langfristigen Mittelbewirtschaftung von mindestens 18 Monate, die Entlastung der Verwaltung durch eine bessere Verteilung der Arbeitsaufwände über zwei Jahre, das verbindlichere Festsetzen von Schwerpunkten sowie allgemeine Entlastungen im zweiten Planungsjahr durch wegfallende Haushaltsplanungen und –beratungen.

Die FDP/FW-Fraktion befürwortet weiterhin die Umstellung auf einen Doppelhaushalt.

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass der Wechsel zum Erlass eines Doppelhaushaltes nur zu Beginn des Kalenderjahres getroffen werden kann, da diese Entscheidung bei den Haushaltsplanungen und Mittelanmeldungen, die bereits im Monat Mai beginnen, von Anfang an zu berücksichtigen ist.

Fraktionssprecher Blaurock bestreitet teilweise die von Fraktionssprecher Rainer Hall dargestellten Vorteile eines Doppelhaushaltes. Aufgrund der aktuell sehr unruhigen Zeiten in den Staatskassen mit vielen Veränderungen sowie der besseren Nachvollziehbarkeit der Finanzplanung bei nur einem Planjahr befürwortet er jedoch die Beibehaltung von jährlichen Haushaltssatzungen.

Beschluss: Die Stadt erlässt künftig weiterhin jährlich eine Haushaltssatzung.

(21 Ja, 9 Nein, 4 Enthaltungen)

10) TOP 7-003/22 Genehmigung der Haushaltssatzung 2022

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage ein.

Beschluss: Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung und die diesbezüglichen Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

11) TOP 7-004/22 Finanzhaushalt - Übertragung von Haushaltsmitteln in das Jahr 2022

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Fraktionssprecher Blaurock bittet um eine Erläuterung, weshalb für die Anschaffung des HLF 10 für die Abteilung Wolterdingen im Haushaltsplan 2022 ein Betrag von 420.000 € eingestellt wurden, wenn aus dem Haushaltsplan 2021 noch Mittel in Höhe von 350.000 € übertragen werden können.

Amtsleiter Zoller erläutert, dass die Verwaltung Haushaltsmittel in das nächste Haushaltsjahr übertragen kann, wenn die betroffene Maßnahme bereits begonnen wurde. Wenn eine Maßnahme noch nicht begonnen wurde, ist für die Übertragung der Haushaltsmittel ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich.

Bürgermeister Graf begründet die beantragte Übertragung von insgesamt 179.000 € damit, dass entsprechend der Darstellung bei Tagesordnungspunkt 6 – Vergabe Feuerwehrfahrzeug HLF 10 – Abteilung Wolterdingen 30.000 € für die Nachfinanzierung der Mehrauszahlungen

für die Beschaffung des HLF 10 benötigt werden. Außerdem ist für Ende des Jahres die Ausschreibung des Feuerwehrfahrzeuges für die Abteilung Pföhren vorgesehen. Zur Durchführung der Ausschreibung ist eine haushaltsrechtliche Ermächtigung erforderlich. Hinzu kommt, dass die eigentlich für 2026 geplante Ersatzbeschaffung des MTW nun in das Jahr 2022 vorgezogen werden soll, da das Fahrzeug deutliche Mängel aufweist und die voraussichtlichen Reparaturkosten den aktuellen Restwert deutlich übersteigen.

Fraktionssprecher Blaurock kritisiert die wenig transparente Vorgehensweise, Mittelüberträge aus dem Vorjahr für andere beziehungsweise neue Projekte einzusetzen. Stadtrat Kuttruff schließt sich dieser Ansicht an.

Beschluss: Der Übertragung der Haushaltsreste von 2021 nach 2022 gemäß der beigefügten Anlage wird zugestimmt.

(17 Ja, 4 Nein, 13 Enthaltungen)

12) TOP 7-005/22 Information über Vergaben und Mittelbewirtschaftungen und zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Jahr 2021

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Anlage zur Sitzungsvorlage.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Informationen über Vergaben und Mittelbewirtschaftungen und über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des Jahres 2021 zur Kenntnis.

13) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Namensänderung

Oberbürgermeister Pauly gibt bekannt, dass die Amtsleiterin des Amtes 6 – Bildung und Soziales ihren Geburtsnamen wieder angenommen hat. Sie trägt nun den Namen Sandra Reich.

Jagdgenossenschaften

Bürgermeister Graf verweist auf die Beratungen in der Gemeinderatssitzung vom 25. Januar 2022. Im Nachgang zu dieser Sitzung gab es einen Austausch zwischen der Verwaltung und den Ortsvorstehern, bei dem die bestehenden Unklarheiten beseitigt werden konnten. Herr Graf berichtet dem Gemeinderat, dass die Kompetenzen der Ortschaftsräte sich durch den geplanten Zusammenschluss der Jagdgenossenschaften nicht verändern werden und so-

mit die Vereinbarungen aus den Eingliederungsverträgen sowie die Regelungen der Hauptsatzung auch weiterhin anwendbar sind. Die Ortschaftsräte der Ortsteile Hubertshofen und Neudingen haben dem Zusammenschluss bereits zugestimmt. Die weiteren Ortsteile werden in Kürze über diese Frage beschließen, haben vorab jedoch ihre Zustimmung zum geplanten Zusammenschluss signalisiert. Herr Graf unterstreicht, dass sich diese Änderungen nur auf die Genossenschaftlichen Jagdbezirke beziehen, bei den Eigenjagdbezirken sind keine Veränderungen erforderlich.

14) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Verwaltungsgebührensatzung

Fraktionssprecher Blaurock bittet um ein Treffen der gegründeten Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Verwaltungsgebührensatzung, um dem Gemeinderat bald die Neufassung dieser Vorschriften vorstellen zu können.

Arbeitsgruppe Mobilitätsverkehr

Fraktionssprecher Blaurock erklärt unter bestimmten Voraussetzungen seine Zustimmung zur Gründung der Arbeitsgruppe Mobilitätsverkehr für einen befristeten Zeitraum. Er bezieht sich damit auf die noch offene Rückmeldung, die von Oberbürgermeister Pauly erbeten wurde.

Ladestation für E-Bikes

Stadträtin Riedmaier bezieht sich auf eine Aussage von Amtsleiter Haller während der Sitzung und erkundigt sich, ob es korrekt sei, dass die Stadt Donaueschingen aktuell eine Ladestation für E-Bikes eingelagert hat, die noch nicht aufgestellt wurde.

Amtsleiter Haller erklärt, die Stadt Donaueschingen habe über den Landschaftspark Junge Donau insgesamt zwei Ladestationen erhalten. Mit dem damaligen Stadtbaumeister Bunse wurde vereinbart, zunächst die Entwicklung der Ladestation im Bereich der Stadtbibliothek zu beobachten und dann über den Standort für die zweite Ladestation zu entscheiden. In Frage kommt hierbei insbesondere eine Aufstellung am Bahnhof oder am Donauursprung.

Konferenzsystem

Fraktionssprecher Reinbolz erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich seines Vorschlags vom 25. Januar 2022 zur Anschaffung eines Videokonferenzsystems.

Amtsleiter Biehler hat diesbezüglich bereits Kontakt mit den Donauhallen aufgenommen mit der Bitte um Beschaffung einer entsprechenden Kamera durch die Donauhallen. Bei ersten Versuchen konnte festgestellt werden, dass eine normale Kamera nicht ausreichend ist – es ist eine Weitwinkelkamera erforderlich. Geplant ist, das Gremium ohne Zuschauerränge zu

filmen, um die Vorgaben des Datenschutzes und des Rechts am eigenen Bild einzuhalten. Die Beschaffung läuft und wird so bald als möglich umgesetzt.

Breitbandausbau Wolterdingen/Zindelstein

Stadtrat Durler berichtet aus der letzten Ortschaftsratssitzung in Wolterdingen. In dieser Sitzung war auch ein Bürger aus Zindelstein anwesend, der sich über die erneute Verschiebung des eigentlich für 2022 geplanten Breitbandausbaus für Zindelstein sehr frustriert zeigte.

Ortsvorsteherin Giesin ergänzt, dass sie im Nachgang zur Sitzung Kontakt mit Herrn Cabanis vom Zweckverband Breitbandversorgung aufgenommen hat. Dieser bestätigte die Verschiebung auf das Jahr 2023, was zu großer Enttäuschung bei den Betroffenen führte.

Oberbürgermeister Pauly erläutert, zunächst wurde ein Antrag auf Landesförderung gestellt. Das später aufgelegte Bundesprogramm ermöglichte deutlich höhere Fördersätze, weshalb die Landesförderung wieder zurückgegeben wurde, was zu dieser Verzögerung führte. Herr Pauly bekräftigt die Zusage für die Umsetzung des Breitbandausbaus in Zindelstein im Jahr 2023 und erinnert an die großen Summen, die hier pro Haus investiert werden.

Corona – Terminvergaben für Rathausbesuch

Fraktionssprecher Milbradt bemängelt, dass der Einzelhandel nur noch eine 3G-Zugangsbeschränkung hat, aber bei der Stadtverwaltung weiterhin eine vorherige Terminvereinbarung verlangt wird. Er bittet um die Öffnung der Rathäuser.

Amtsleiter Biehler verweist auf die Regelungen in § 17c CoronaVO, wo für den Zutritt zu Verwaltungsgebäuden eine 3G-Kontrolle vorgeschrieben wird. Die Durchführung dieser Kontrollen wäre ohne eine vorherige Terminvergabe nur schwer umsetzbar. Im Rahmen der angekündigten Öffnungsschritte der Corona-Vorgaben in den kommenden Wochen ist damit zu rechnen, dass auch diese 3G-Kontrolle entfallen wird. Die Verwaltung wird die Rathäuser dann wieder öffnen.

Amtsleiter Dereck bestätigt, dass die 3G-Kontrolle schon jetzt nur schwer umzusetzen ist. Außerdem sei die Terminvereinbarung für Bürgerinnen und Bürger sowohl online als auch telefonisch möglich.

Niederschrift

Datum: 23.03.2022

z. w. V.

z. K.

Der Vorsitzende

Schriftführer